



MAD-Zielobjekt Kläwer-Haus*: Wanze im Radio

Ergebnis hinsichtlich der Lagerung und des Nachweises ist völlig unzureichend. Ich erwarte schnellstmögliche Abstellung der aufgezeigten Fehler und eine übersichtliche Lagerung. Dazu ist eine Überprüfung des Materials erforderlich.

Ein Prüfbericht vom 10. September 1982 bestätigte die Mängel: „Die vom S-4 ... abgegebene Meldung über die Vollständigkeit des Materials der Dienststelle steht im Widerspruch zu den tatsächlichen Materialbewegungen / Belegen.“ „Von der Schreibmaschine bis zum Bolzenschneider verschwand alles“, erinnert sich Kowalczyk, „und wenn das dann weg war, verschwand eben auch die dazugehörige Karteikarte.“

Da fehlten plötzlich vier teure Kameratelefone. Da fanden sich, so Kowalczyk, Stahlschränke erst nach langer Suche im Privathaus eines Kollegen. Da wurden sechs Sätze Schutzkleidung, die nirgends mehr aufzutreiben waren, kurzerhand nach Wilhelmshaven abgebucht.

Und für wen die sechs Haarföhne bestimmt waren, die eines Tages geliefert wurden und deren Ankunft der S-4-Offizier gegenzeichnen sollte, war erst recht nicht festzustellen. „Wofür braucht der MAD dienstlich solche Geräte?“ wunderte sich Kowalczyk und weigerte sich, die Belege zu unterschreiben.

Bald hatte er die ganze Truppe gegen sich. Der Kommandeur, der ihn anfangs so gelobt hatte, betrieb seine Versetzung. Kollegen schrieben Beschwerden, so etwa eine Sekretärin, die sich beklagte, Kowalczyk habe sie für acht Uhr morgens bestellt, aber wegen „einer Versorgungsfahrt“ erst um 13 Uhr mit dem Diktieren angefangen. Die Kowalczyk-Mitarbeiterin: „Dieses Auftreten“ sei der Grund dafür, „daß mir in letzter

Zeit jegliche Motivation fehlt“.

Auch seine Vorgesetzten hatten plötzlich ein ganz anderes Bild von ihrem Mitarbeiter. In einer Beurteilung vom Februar 1983 heißt es nun:

Lt. Kowalczyk ist ein komplizierter, äußerst kritischer und teilweise mißtrauischer Offizier, der sehr beharrlich seine Meinung beibehält. Es fehlt ihm etwas die Fähigkeit zu einer zweckmäßigen Lebensauffassung, die ihn fröhlicher und natürlicher machen würde.

Die Klagen über Kowalczyk füllten bald dicke Aktenordner. Ein Oberstleutnant wurde beauftragt, die von Kowalczyk festgestellten Fehlbestände nochmals zu überprüfen,

mit dem Ergebnis, daß sich die „Verdächtigungen ... in keinem Fall nachweisen“ ließen.

Zudem versuchten die Vorgesetzten nun alles, den ungeliebten Leutnant loszuwerden. Der Truppenarzt mußte ihn auf seinen Gesundheitszustand und besonders auf seine Leberwerte hin untersuchen – der Leutnant hätte sich ja als Trinker entpuppen können.

Als die Diagnose negativ ausfiel, wurde Kowalczyk für 14 Tage ins Bundeswehrkrankenhaus Hamburg eingewiesen, zur Untersuchung seines Geisteszustands. Nur der Verdacht auf homosexuelle Neigungen fehlte im Repertoire der Hannoveraner MAD-Spezis.

Am 2. Mai 1984 hatten die Geheimdienstler Erfolg: Kowalczyk wurde wegen des „gestörten Vertrauensverhältnisses“ ans Wehrbereichskommando II in Hannover versetzt. Da traf er auf den Ex-Kameraden Kläwer, der ihn als erstes fragte: „Haben Sie denn die Mikrophone in Ihrer Wohnung schon gefunden?“

Was Kläwer ihm dann anvertraute, hielt Kowalczyk in einem Vermerk fest, den Kläwer als „sachlich richtig“ gegenzeichnete. Darin hieß es:

August/September 1983 habe er (Kläwer) Material (2 bis 3 Mikrophone; 109/220 MHz) für einen Lauschangriff meiner Wohnung bereitgestellt. Die Bereitstellung des Materials erfolgte auf Anweisung von Hauptmann Wegner und Stabsbootsmann Seehausen.

Des weiteren soll an meinem Pkw in zurückliegender Zeit ein Ringpfeiler angebracht worden sein. Insgesamt seien von der MAD-Gruppe II, Nachrichtendienstliche Technik (Hauptmann Wegner und Stabsbootsmann Seehausen) im Rech-

nungsjahr 1983 ca. 15 Abhörmikrophone (109/220 MHz) bei folgenden Firmen gekauft worden: Fa. Schuricht, Hannover, Fa. Menzel, Hannover, und ggf. einer weiteren Firma in Celle. Die Lauschangriffsmittel seien rechnungsmäßig als Fernmeldematerial belegt worden.

Obwohl Kowalczyk und Kläwer inzwischen Prozesse gegen ihren Dienstherrn angestrengt haben, will das Bonner Verteidigungsministerium von den Vorgängen in Hannover nichts wissen. „Derartige Anschuldigungen von einem ehemaligen Angehörigen der MAD-Gruppe II“, so Manfred Wörners Beamte, hätten „sich als unzutreffend erwiesen“.

Daran mag zumindest Kläwer nicht glauben. Der Fernmeldemechaniker nahm kürzlich sein Telefon, Typ Alpha, auseinander und wunderte sich: „Die Plombe war weg, und die Schaltung innen drin ist ganz anders. Ich kann das beurteilen, die Alpha-Schaltung kenne ich im Schlaf.“

Anschließend ging er telefonieren – in eine öffentliche Fernsprechkabine.

KOMMUNISTEN

Bloß noch Schrott

Die maoistische Splitterpartei Kommunistischer Bund Westdeutschland löst sich auf. Der Millionen-Nachlaß soll den Grün-Alternativen zugute kommen.

Jahrelang drängten die Möchtegern-Maoisten vom „Kommunistischen Bund Westdeutschland“ (KBW) immer „vorwärts im Kampf“ für die Rechte der ausgebeuteten Arbeiterklasse. Sie wollten den „bürgerlichen Staatsapparat“ zerschlagen und „mit Waffengewalt“ die „proletarische Diktatur“ erkämpfen.



KBW-Funktionär Schmierer
„Öfters völlig danebengelegt“

* Hildesheimer Straße 229 in Laatzen.

Der „Sturz der westdeutschen Monopol-Bourgeoisie“ schien ihrer Meinung nach unmittelbar bevorzustehen. Auch wenn die Massen der Bewegung fernblieben, so verstanden sich die 2500 K-Aktivist:innen, die Anfang der siebziger Jahre durch die Straßen zogen, doch als „Avantgarde der proletarischen Weltrevolution“.

Heute, zwölf Jahre nach Gründung des KBW, sind die marxistisch-leninistischen Lehrsätze bloß noch „ML-Schrott“, wie Hans-Gerhart („Joscha“) Schmierer, 42, Ex-Sekretär des Zentralen Komitees (ZK), freimütig bekennt. Der Bund löst sich auf. „Die Arbeiterklasse“, weiß Schmierer jetzt, „ist nicht das revolutionäre Subjekt.“

Der KBW, seit Jahren politisch dahinsiechend, bereitet sein eigenes Begräbnis vor. Für den 16. Februar sind die verbliebenen KBW-Mitglieder, schätzungsweise 180 aus dem gesamten Bundesgebiet, zur Liquidation ihrer Organisation nach Frankfurt geladen.

Der letzte Kampf gilt nur noch dem Geld. Die Mitgliederversammlung muß die Vermögenslage der kapitalstärksten K-Gruppe und den künftigen Verwendungszweck des Geldes regeln. Im Verbund mit mehreren Tochterfirmen hatten KBW und die „Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf“ ein stattliches Vermögen erwirtschaftet – rund zehn Millionen Mark.

Dem Politikonzern gehören ein sechsstöckiger Gebäudekomplex in der Mainzer Landstraße 147 in Frankfurt, dazu Druckerei, Setzerei und Inventar im Wert von acht Millionen Mark sowie Immobilien in der Berliner Oranienstraße 159 und in Hamburgs Kleiner Rainstraße 21.

Das gesamte Vermögen soll in eine Stiftung eingebracht werden, zum Nutzen der grün-alternativen Bewegung. Schmierer (Parteisott: „Le KBW c'est lui“), inzwischen auf dem Pragmatiker-Flügel der Grünen an der Seite Daniel Cohn-Bendits, will einen neuen, kapitalkräftigen Belegschaftsverein gründen, wenn die Mitglieder zustimmen.

Die Millionen verdankt die Mini-Partei (Bundestagswahlergebnis 1980: 0,02 Prozent) einem Gewinnstreben, das eklatant gegen die eigene Ideologie verstieß. Die Partei holte von ihren Mitgliedern ständig Spenden ein, verlangte üppige Monatsbeiträge und verwaltete Bankguthaben wie Grundbesitz der Genossen. 1000 Mark durfte ein Mitglied behalten, was darüber war, ging an die Partei.

Auf die „unheimlich hohen Geldbeträge“, die sie ihren Leuten abverlangten, führten Verfassungsschützer auch den aufkommenden „Frust an der Basis“ zurück. „Der KBW“, warf ein abgesprungener Aktivist der Bewegung vor, „beutet seine Mitglieder aus.“ Ende der siebziger Jahre liefen viele davon.

Bis dahin waren KBW-Radikale immer dabei, wenn es irgendwo im Land nach Aufruhr aussah. Auf die Schlacht um das Atomkraftwerk Grohnde (mehrere hundert Verletzte) am Weserufer im März 1977 hatten sich die Kämpfer in einem Trainingslager vorbereitet.

„Mit allen Mitteln“, darunter Wurfanker, Bolzenschneider, Spaten und Sägen, lieferten sich K-Aktive im gleichen Jahr bei Demos um das Atomkraftwerk Brokdorf blutige Kämpfe mit der Polizei. Auch 1980 waren Bundkommunisten vornedran, als es bei einer Rekrutenvereidigung der Bundeswehr im Bremer Weserstadion Krawalle gab.

Im Wahlkampf 1980 spaltete sich die Polit-Sekte. 400 Mitglieder folgten dem Schmierer-Widersacher Martin Fochler, der die Konkurrenz-Partei „Bund Westdeutscher Kommunisten“ gegründet hatte. Beim Streit um den einzig wahren

Chinas Energieversorgung nötig, Atommeiler hierzulande aber zu bekämpfen seien. „Wir haben öfters völlig danebengelegt“, bekennt Joscha Schmierer.

Längst ist die Kadergruppe „tatsächlich dort angelangt“, analysiert der einstige Aktivist Gerd Koenen, „wo ihn seine gehässigsten Kritiker seit Jahren vermuten“ – am „Kapitalstock“: Seit etwa vier Jahren existierte der KBW nur noch „als politisches Briefkastenschild“ für „jene ominöse“ Kühl-Gesellschaft, „die als seine Holding-Gesellschaft fungiert“ (Koenen).

Um das wertvolle Erbstück scharen sich die letzten dreißig Palastwächter der Partei. Diese Veteranen, künftige Gesellschaftler der neuen Stiftung, sollen laut Schmierer ein „sozial-kulturell-politisch-ökologisches Sanierungszentrum“ unterhalten.



KBW-Demonstration in Hamburg 1977: „Avantgarde der Weltrevolution“

kommunistischen Kurs war es unter den führenden Ideologen zum Bruch gekommen. Für den stellvertretenden ZK-Sekretär Fochler stand die Revolution damals unmittelbar bevor; Schmierer suchte „die Arbeiter-Einheitsfront“ vom KBW bis „auf den rechten sozialdemokratischen Flügel“ auszudehnen.

Der Richtungsstreit offenbarte, daß die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik sich nicht so darboten, wie sie in KBW-Papieren geschildert wurden. Nach Maos Tod stimmte zudem die Theorie der westdeutschen Maoisten mit der chinesischen Praxis nicht mehr überein. Störend war vor allem, daß die China-KP ausgerechnet mit jener verhaßten Bonner Regierung prima Geschäfte machte, die der Kommunistenbund am liebsten mit Waffengewalt davongejagt hätte.

Und schwer fiel es der maoistischen Gruppierung, den eigenen Anhängern klarzumachen, daß Kernkraftwerke für

Alles, was „von links über ausländisch bis grün krecht und fleucht“, so schwebt es Schmierer vor, soll in dem riesigen Frankfurter Zentralbau, in dem derzeit viel ungenutzter Platz ist, unter gemeinsamem Dach vereint werden: die Eritreische Volksunion und die Naturfreundejugend, die Deutschen Pfadfinder und Hessens Grüne, die alternative Mediziner-Organisation „Dr. med. Mabuse“ sowie eine Sprachschule und ein linkes Café.

Aus der KBW-Blütezeit stammt das Vermögen, von dem die lockeren alternativen Bewegungen, einst politische Gegner, künftig profitieren. „Das ist eben“, amüsiert sich Schmierer, „die Ironie der Geschichte.“

Auch die allerletzte KBW-Tat ist erzkapitalistisch. Der neue Belegschaftsverein wird rechtlich bloß eine Umgründung des verbliebenen KBW sein – damit die Schenkungssteuer entfällt. ◆